

Stimme der Freiheit

Mitteilungen für Mitglieder und Freunde der FBU, der Sturmtruppe für die Demokratie

Nr. 5/17

November 2017

19. Jahrgang

Auf 1 Wort unseres Landesvorsitzenden Reinhold Rupp: Liebe Weggefährten, die Wahl war gestern! Doch Merkel & Co. lassen nicht davon ab, den ungarischen Ministerpräsidenten zu beschimpfen. Dabei hat Orbán als einer der wenigen EU-Politiker die EU-Verträge geachtet und die Außengrenzen der Gemeinschaft geschützt. Er wollte nicht wie Merkel & Co. als Rechtsbrecher in die Geschichte eingehen. Wäre er weniger ehrlich, weniger vorrauschauend gewesen und hätte er sich wie viele seiner deutschen Kollegen einen Dreck um Recht und Gesetz geschert, es gäbe diejenigen nicht mehr, die ihn beschimpfen. Statt die Grenze zu schließen, hätte er über einen direkten Transitweg nach Deutschland nur alle die Millionen hereinlassen brauchen, die Frau Merkel und Co. so lauthals eingeladen haben. Mit so einem „anständigen“ Orbán, oder auch ohne Orbán, gäbe es keine Kanzlerin Merkel mehr und eine *Law-and-Order-Regierung* hätte schon längst all die Millionen nicht vom Grundgesetz als politische Flüchtlinge geschützten Eindringlinge zum Verlassen unseres Landes „bewegt“.

Dann könnten wir wieder auf Oster- statt auf „Frühjahrmärkten“ und auf Weihnachtsmärkten statt auf „Lichterfesten“ UNSERE Kultur leben. Wir würden in den Kantinen wieder Schweinefleisch erhalten, statt unsere Seelen vor lauter „Willkommenskultur“ verkaufen zu müssen. Leider hat der Deutsche unter der Lügenpropaganda seine früher weltweit geschätzte Vernunft eingebüßt.

Wir fordern ein Ende der Lügen und ein Ende der Schweigespirale. Wir fordern die wahrheitsgemäße Unterrichtung der deutschen Bürger. Dazu muß auch die Verweigerungshaltung der Hochschulen aufgebrochen werden, notfalls über Mittelkürzungen, damit sich endlich auch die Hochschulen den wirklich wichtigen Fragen annehmen, als da sind:

Welche Auswirkungen haben die Fälschungen der Klimaschutzdaten? (schon längst sollte der Kölner Dom im Meer stehen und bei Hamburg Rotwein angebaut werden!) - Welche negativen Folgen hat die massenhafte Überflutung Deutschlands durch die dem europäischen Kulturkreis fremden Eindringlinge auf die deutsche Leit(d)kultur, auf das deutsche Gesundheitswesen, das Krankenversicherungssystem, die Steuer-„Anpassungen“, den Arbeitsmarkt, die Kriminalität? - Was ist wahr an der deutschen Vergangenheit bzgl. der von den Briten immer wieder behaupteten Vergasung von 600.000 Serben im Ersten Weltkrieg durch das deutsche Kaiserreich? ... Und was ist die Wahrheit über die darauf folgende Historie, an der niemand ein aufklärerisches Interesse zu haben scheint, solange Deutschland als zahlungsfähig hingestellt werden kann? - Was für negative Folgen hat die Offenkundigkeitsgesetzgebung? (Verbot von Forschung und Meinungsäußerung in Bezug auf die deutsche Vergangenheit) - Was für Folgen hat die Maulkorbgesetzgebung mit ihren drakonischen Strafanordnungen (wie bei Mord) auf die Meinungsfreiheit und damit auf die gelebte Demokratie? - Inwieweit wird hierzulande die Meinungsfreiheit unterdrückt durch inquisitorische Maßnahmen wie durch Verbreitung von Angst und durch soziale Ächtung des Andersdenkenden?

Elf Bauernregeln der SPD-Aktion: „Gut zur Umwelt. Gesund für alle“

Die umwelt- und tierliebende *Barbara Hendricks* (SPD), Bundesumweltministerin, verärgerte im Februar 2017 den deutschen Bauernverband. Auch aus der eigenen Partei schlug ihr Widerstand entgegen. Nachstehend ihre elf tollen Bauernregeln (könnten von uns sein):

- 1) Steht das Schwein auf einem Bein, ist der Schweinestall zu klein.
- 2) Gib't's nur Mais auf weiter Flur, fehlt vom Hamster jede Spur.
- 3) Zu viel Dünger auf dem Feld, geht erst ins Wasser, dann ins Geld.
- 4) Haut Ackergift die Pflanzen um, bleiben auch die Vögel stumm.
- 5) Zu viel Dünger, das ist Fakt, ist fürs Grundwasser beknackt.
- 6) Ohne Blumen auf der Wiese geht's der Biene richtig miese.
- 7) Steh'n im Stall zu viele Kühe, macht die Gülle mächtig Mühe.
- 8) Gib't's nur eine Pflanzenart, wird's fürs Rebhuhn richtig hart.
- 9) Wenn alles bleibt, so wie es ist, kräht bald kein Hahn mehr auf dem Mist.
- 10) Strotzt der Boden von Nitraten, kann das Wasser arg mißraten.
- 11) Bleibt Ackergift den Feldern fern, sieht der Artenschutz das gern.

Super, gell? Hat die SPD Haschisch in der Blutbahn, dann kann sie fliegen wie ein Truthahn.

Die Wahrheit über die Verbrechen der Ausländer

Nach Köln legte sich eine Schweigespirale wie ein Leichentuch über das Land. Politik und Medien verharmlosen, spielen herunter, verschweigen. Seit der „Schorndorfer Woche“ ist die 40.000-Einwohner-Stadt Kriegsgebiet. Bei dem Volks-„Fest“ Mitte Juli 2017 wurden die Frauen belästigt, wurde die Polizei ANGEGRIFFEN, wurden von Immigrantentrupps Passanten angegangen und geschlagen, wurde randaliert und verwüstet. In welcher großen Tageszeitung haben Sie etwas darüber gelesen? Nirgendwo? **Dabei passieren diese Vorgänge täglich!** Doch sie werden verschwiegen, mit Rücksicht auf die in dieser Frage unterschiedslosen Bundestagsparteien.

Zur gleichen Zeit wie in Schorndorf zogen Gruppen von Islamisten durch die Straßen von Reutlingen, begrapschten Frauen und bedrohten sie mit Messern. In Bad Kreuznach (Pfalz) bekämpften sich Afghanen und Türken gegenseitig und beide Gruppen bekriegten Bürger und Polizisten. Polizei und Stadtverwaltung werden der Lage nicht mehr Herr. In drei Gebieten der Stadt wurde eine sogenannte „Allgemeinverfügung“ erlassen. Konkret ist das nichts anderes als eine Ausgangssperre von 22 Uhr bis 6 Uhr. So begann es vor einigen Jahren auch in Syrien..., wo jetzt langsam wieder Ruhe einkehrt, **sind viele der Gewalttäter doch jetzt in Deutschland...** Von all' dem hören Sie im deutschen Blätterwald nichts, noch im öffentlich-rechtlichen Zwangsgebührenfunk.

Laut einer UNICEF-Studie ist „die tägliche Gewalt“ in 89 Prozent der syrischen Familien „Normalität“, 25 Prozent der Kinder erleiden besonders brutale Gewalt bis hin zu auf Dauer körperlichen Schäden. *Ines Laufer*, Journalistin aus Hamburg, kritisiert, daß in den Medien die sogenannten „Experten“ mit ihren Lügen, Verharmlosungen und mit ihrer Wahrnehmungsverweigerung „nur noch den Verstand beleidigen“. *Ines Laufer* hat sich intensiv mit der Kriminalität der Eindringlinge auseinandergesetzt. Sie, die seit über 20 Jahren über Menschenrechtsverletzungen an Mädchen berichtet, ist erschrocken über die Gewalt der sogenannten Asylanten. Ihre 104seitige Ausarbeitung heißt **„Extreme Gewalt und Kriminalität als Folge der Flüchtlingspolitik – Zahlen, Fakten und Beweise“**. Asylbewerber sind **fünfmal(!) häufiger Straftäter als Deutsche**, bei Gruppenvergewaltigungen sind sie gar 19mal(!) so kriminell. In 2015 wurden rund 600.000 Menschen Opfer von gefährlichen oder schweren Körperverletzungen! **Insgesamt kommen auf 100 deutsche Gewaltkriminelle sage und schreibe 900 gewaltkriminelle „Schutzsuchende“**.

Auf eine schwere Körperverletzung durch Deutsche kommen 8,6 schwere Körperverletzungen durch Asylbewerber. In Baden-Württemberg waren in 2015 zehnmal so viele Asylbewerber einer Straftat verdächtig als Deutsche. Deshalb bezeichnen wir wie die Israelis Asylbewerber politisch korrekt als „Eindringlinge“. - Laut *Sarrazin* war gemäß der Kriminalstatistik 2016 die **Kriminalitätsrate der eindringenden „Flüchtlinge“**, wörtlich: **„siebenmal so hoch wie bei den deutschen Staatsbürgern, bei Mord ist sie 10mal so hoch, bei Gruppenvergewaltigung 34mal so hoch.“** Innenminister *Thomas de Maizière* stellte klar, daß zwei Drittel aller Tatverdächtigen bei der organisierten Kriminalität Ausländer sind, - wohl auch deshalb, weil sich unter ihnen das größte Gelichter Afrikas befindet. Aber wenn die Republik weiterhin das ganze Pack hereinläßt, dann wird es nicht lange dauern, bis unsere „Volksvertreter“ ganz offiziell bekannt geben:

Als alter Mensch auf deutschen Bürgersteigen von Ausländern auf die Straße gedrängt zu werden, in deutschen Städten vergewaltigt oder zusammengeschlagen zu werden und sein Auto abgefakelt zu bekommen, das gehöre nun halt mal zum „ganz normalen Lebensrisiko“ in Afgani..., pardon, in Deutschland... Auf dem Weg in das Verbrecherparadies Deutschland werden alle Statistiken nach Kräften geschönt: Verbrecher wie der Massenmörder *Ali Sorboli*, der in München 9 Menschen erschoss, war Doppelpassinhaber, wird aber, wohl um die Deutschen zu diskreditieren, in der Kriminalitätsstatistik als *Deutscher* geführt, obwohl er *iranischer* Abstammung ist und aufgrund seiner Herkunft nie ein echter Deutscher (von deutscher Abstammung) sein wird.

In welchem Ausmaß die Kriminalstatistiken gefälscht werden, zeigen die unvergessenen Vorfälle der Kölner Silvesternacht 2015 auf 2016. Von den über 500 Sexualdelikten tauchen in der Statistik nur 162 auf! Mehr braucht man zur staatlichen Fake-Propaganda nicht zu sagen... Nicht ein Zehntel wurde bis heute rechtskräftig verurteilt. So zerstören Lügen jegliches Vertrauen.

Auch im Ausland wird die deutsche Kriminalitätsstatistik gelesen. Tschechien hat bisher **12** Asylbewerber aufgenommen und verweigert gegenüber der EU weitere Aufnahmen. Innenminister *Milan Chovanec*: „Sicherheitsüberprüfungen haben ergeben, dass das Land **keine weiteren Personen aufnehmen kann**“. Es käme das Land günstiger, stattdessen Millionenstrafen an die EU zu zahlen... Lieber Leser, um wieviel günstiger käme dieses Verhalten auch für uns Deutsche...

Und während die Moslems in Deutschland schon lange außerhalb der Gesetze stehen (Migrantbonus vor Gericht, Gewalt gegen Kinder, Mißbrauch von minderjährigen „Verheirateten“ und anderes mehr) werden die Deutschen, die daran und an der „Flüchtlingslawine“ (Minister Schäuble) sowie an den unerträglichen Kosten Kritik üben, in allen Lebensbereichen schikaniert.

Verhöhnung des Rechtsstaates durch den Migrantenadel

In Schweden, dem Musterländle der Migrationsbanden, haben in 2016 laut dem Deutschlandfunk 60 Prozent mehr Polizeibeamte gekündigt als im Vorjahr. Grund ist die Überforderung durch Überfremdung: Rasant ansteigende Kriminalität und rechtsfreie Räume: Es gibt schon 50 „No-Go-Areas“, Gebiete, in die sich kein Polizist mehr hineintraut. In *Malmö*, dem Chicago Schwedens, gab es 2014 24 Explosionen und 68 Schießereien. Der Polizei fehlt es an Platz, um die ungeheuren Mengen an beschlagnahmten Waffen aufzubewahren. Der in *Malmö* vor der Pensionierung stehende Polizist *Peter Springare*: „Dies ist es, worum ich mich von Montag bis Freitag kümmere: Vergewaltigung, Vergewaltigung, Raub, schwere Körperverletzung, versuchte Vergewaltigung und Vergewaltigung... Die Tatverdächtigen: Ali Mohammed, Mahmod, Mohammed, Mohammed, Ali, wieder und wieder... Die Herkunftsländer: Irak, Irak, Türkei, Syrien, Afghanistan, Somalia, wieder Somalia,...“ – Aber auch in Deutschland kann der Staat den Bürger nicht mehr schützen:

Allein im ersten Halbjahr 2016 haben „Schutzsuchende“ 142.500 Straftaten begangen. Diese „Schutzsuchenden“ sind im Verherrlichungswahn der Trautmäntler bei Staatsfunk und Lügenpresse ja fast alle „Fachkräfte“ und „Akademiker“. Undankbare Gäste, die nicht selten schon in ihrem Heimatland auf den Fahndungslisten stehen und bisher Tausende von deutschen Frauen sexuell belästigt und vergewaltigt haben. Auch die Medizinstudentin aus Freiburg würde noch leben, hätte man in 2015 die Grenzen nicht entgegen aller Verträge und **entgegen dem Grundgesetz** für alle Verbrecher aus der ganzen Welt weit auf gemacht. Der „Rechtsstaat“ hat kapituliert. Einst hatte der große Fritz die Vorrechte des Adels vor Gericht abgeschafft. Jetzt werden sie wieder eingeführt, - für den Migrantenadel. Gleiches Recht für alle? Pustekuchen, denn jetzt gibt es vor Gericht den Migrantenbonus: Bei einem Autorennen zwischen *Erkan F.* und *Firat M.* im Stadtteil Köln-Deutz kommt eine 19jährige Radfahrerin zu Tode. Als die Polizei den Tatort sichert, beschwert sich der Täter, das die Sprühkreide die Alufelgen seines Autos verschmutzen könnte, die immerhin 3.000 Euro gekostet hätten... Nun, das Opfer war nur eine Deutsche und der Täter war ein Ausländer, also wurden nur Bewährungsstrafen verhängt. In Berlin schlug ein Mann aus Gambia über mehrere Wochen immer wieder mit Hammer, Stock und Gürtel auf seine fünfjährige Stieftochter ein. Die Polizei rettete das schwer verletzte Mädchen aus der „elterlichen“ Sozial-Wohnung. Täter: Ausländer! **Weil das Mädchen „einen roten Teufel mit Hörnern“ herbeigerufen hätte, gab es zwei Jahre auf Bewährung.** In Hamburg vergewaltigten vier serbische „Flüchtlinge“ zwischen 14 und 21 Jahren ein 14jähriges Mädchen, unter anderem mit einer Flasche und einer Taschenlampe. Das bewußtlose Opfer wurde in eisiger Kälte in einem Hinterhof liegen gelassen. Die Ausländer grinsten bei der Urteilsverkündung: Eine vierjährige Haftstrafe und drei Bewährungsstrafen. Offenbar waren sie der Meinung, daß deutsche Frauen Schlampe seien. Durch das Urteil wurden sie in dieser Meinung bestätigt. In Brandenburg/Havel vergewaltigte ein 23jähriger Türke eine junge Frau in seiner Wohnung über vier Stunden, nachdem er Ihren Kopf mit Gewalt zwischen den Gitterstäben seines Bettes fixiert hatte. Er wurde vom Gericht freigesprochen mit der pervers anmutenden Begründung, die geschändete Frau „konnte nicht beurteilen, ob der Täter mit der Mentalität des türkischen Kulturkreises das Geschehen, das sie als Vergewaltigung erlebte, vielleicht einfach nur für wilden Sex gehalten hat.“ - Gilt das auch für Pfälzer? Die kommen doch auch aus einem anderen Kulturkreis als wir Saarländer... - Im März 2014 ermordete ein Afghane seine schwangere Freundin, weil sie die Abtreibung verweigerte. Für das Landgericht Wiesbaden bestand keine besondere Schwere der Tat, weil der Täter „aufgrund seiner kulturellen und religiösen Herkunft sich in einer Zwangslage befunden“ habe. Was für ein hanebüchener Blödsinn! Nach diesem Urteil dürfen sich nun alle Afghanen munter durch unser Land morden...

„Ein Richter, der nicht strafen kann, gesellt sich endlich zum Verbrecher“ (Goethe).

Wir fordern ein Ende der Schweige-Presse bezüglich der ausufernden Migrantengewalt. Jede Straftat hinterläßt ein Opfer. **Jedes Opfer ist ein Opfer zuviel!**

Deutschland ist zum Paradies für Verbrecher und ausländische Gewalttäter geworden. Während der Einheimische eine immer größere Rechtlosigkeit ertragen muß, kommen die Schutz-, pardon Schatzsucher und Invasoren in den Genuß einer kulturellen Freikarte des Andersseins, um in unserem Land nach Belieben zu rauben, zu wüten und ihre perversen Phantasien auszuleben.

Alles begann mit der Bücherverbrennung harmloser, angeblich rassistischer Kinderbücher, mit der Stigmatisierung des Negerkusses, mit der Außerdienststellung von „Zehn kleine Negerlein“ und mit dem kulturfremden Gebaren der Sparkassen, als sie in vorauseilendem Gehorsam gegenüber den andersartigen Abgesandten des Islamischen Staates die Spar-*Schweine* von den Tresen der Kassenräume entfernten. Die Rechtlosigkeit in den Gerichtssälen begann mit dem Entfernen der Kreuze. Und ein Ende ist nicht absehbar. Es gelten strafmildernde Umstände für „Ehren“-Morde, allerdings gilt das nur für die „Ehren“-Morde von Eindringlingen, nicht für die sizilianische Mafia...

Während ein Deutscher mit vier Frauen wegen Bigamie verurteilt wird, wird ein Türke mit vier Frauen mit Sozialleistungen sprichwörtlich zugeworfen. Sterben seine Frauen, bekommt er auch noch die Witwenrente mehrfach. Wer möchte da noch länger ein rechtloser Deutscher sein? Wer möchte da nicht lieber ein willkommen geheißen Eindringling sein, gesegnet mit allen Finanzen, die den Einheimischen abgepreßt werden?

Wir fordern die Abschaffung aller Sonderrechte für Eindringlinge: **Wir fordern die Aufhebung aller muslimischen Kinderehen in Deutschland.** In 2013 wurden allein in Berlin 460 Fälle von Kinder-Zwangs-Ehen bekannt. In Deutschland ist die Rücksichtnahme auf perverse Gesellschaftsstrukturen und damit auch auf diese Formen der Gewalt gegen Kinder längst gesellschaftsfähig geworden. Beispielhaft für uns Barbaren: In anderen europäischen Ländern, die sich noch einen Rest von Moral und Anstand bewahrt haben, werden diese Zwangsehen für ungültig erklärt.

Wir fordern ein Verbot der Vollverschleierung (wie in Frankreich), die nur eine andere Form der Vermummung, der Unterdrückung, sprich der unserer abendländischen Kultur fremden „Sklaven“-Haltung ist. **Der Europäische Gerichtshof hat entschieden, daß die Vollverschleierung in der Öffentlichkeit, auf Straßen, an Stränden usw., verboten werden darf,** weil sie das soziale Miteinander zerstört. - Das Gewaltmonopol liegt nicht mehr in der Hand des Staates. Entweder werden die Grenzen dicht und die Verbrecher dingfest gemacht, oder aber jeder Bürger muß in den Stand gesetzt werden, sich und seine Familie zu schützen. Die FBU fordert das Erstere. Läßt die Regierung ihre Verantwortung für Ordnung und Sicherheit aber weiterhin so schleifen und schützt sie nicht endlich uns Bürger, dann fordern wir zur Verteidigung unserer Grundrechte wie in den USA, so auch hierzulande, die Bewaffnung aller (deutschstämmigen) Bürger!

Die Gefahren werden von der Politik und den Medien heruntergespielt mit dem dämlichen Spruch, daß im Straßenverkehr viel mehr Menschen sterben als durch den islamistischen Terror. Nun ja, auch durch die dem NSU zugeschriebenen Döner-Morde sind viel weniger Menschen umgekommen als im Straßenverkehr. Was für eine relativierende, menschenverachtende Propaganda! Für uns ist jeder Tote ein Toter zu viel! Wußten Sie übrigens, daß an *keinem* der 27 NSU-Tatorte DNA-Spuren oder andere Spuren von *Mundlos* oder *Bönnhardt* gefunden wurden, war es etwa der türkische Geheimdienst? - Am 25. November 1537 hielt der „Neonazi“ **Martin Luther eine prophetische Predigt: „...Aber wenn der jüngste Tag nicht kommt, so wird doch der Türke bald kommen und so mit uns umgehen, daß wir sagen werden: Hier war einmal Deutschland! ... Ich habe Sorge, meine Weissagung wird wahr.“** Wie wahr, leider! Laßt uns handeln, bevor es zu spät ist: Kein Wahl-Kreuzchen mehr für die unsere Kultur vernichtenden Parteien!

Hätte die Grünen-Politikerin und EKD-Synodalin *Karin Göring-Eckardt* die Worte „ihres“ Martin Luthers ernst genommen, viele Opfer wären uns erspart geblieben. Sie und ihre grünen Freunde haben offenbar den Schuß bis heute nicht gehört! Mit Beginn der islamistischen Infiltration durch Millionen Eindringlinge phantasierte sie begeistert, daß sich Deutschland „drastisch verändern“ wird und jubelte: „Ich freue mich darauf!“ Man kann den Jubel hören, in den zehntausende von Opfern, von belästigten und vergewaltigten Frauen, von ausgeraubten Bürgern „begeistert“ mit einstimmen. **Kaum noch ein Volksfest, bei dem nicht die Angst Pate steht.**

Im August 2016 „feierten“ die Dresdner ihr Volksfest (Vorsicht beim Lesen: Bei der *Saarbrücker Zeitung* scheint schon das Wort „Volk“ für eine nationalsozialistische Grundeinstellung zu stehen!). Das „Fest“ war wirklich ausgesprochen fröhlich: So stellt man sich auch in Guantanamo ein „Fest“ vor. Flutlichtanlagen, um die Bürger auch nachts filzen zu können, mit Maschinenpistolen patrouillierende Polizisten, bis zu zwölf Meter hohe bewegliche Wachtürme (erinnerte an die DDR, na ja, war ja auch in Dresden), enge Durchfahrtschleusen für Kontrollen... Ja, liebe *Göring-Eckardt*, Deutschland hat sich „drastisch verändert“. Aber das ist nicht zum Jubeln, das ist zum Heulen!

Und wer jetzt weiterhin *Göring-Eckardt* und ihre Grünen wählt, der kann auch gleich dem IS eine Blanko-Einladung nach Deutschland schicken. Nein, Frau Eckardt, Ihre Veränderung will wirklich niemand. Wie wäre es, wenn Sie auswandern in ein Land Ihrer Wahl? Der Chef des IS würde Sie sicherlich liebend gern seinem Harem hinzufügen... wie wär's voll verschleiert? - Was unterscheidet die Eindringlinge von früheren Flüchtlingsströmen? Nun, kein vertriebener Ostpreuße, kein flüchtender Sudetendeutscher, kein verjagter Schlesier, kein einziger Hugenotte ist je auf die Idee gekommen, die Bürger seines *Gast*-Landes zu bestehlen, zu vergewaltigen und zu ermorden! Das unterscheidet schatzsuchende Eindringlinge von Schutzsuchenden! - Merke: Ausländerfeindlichkeit entsteht nur dort, wo sich der einheimische Bürger durch die Feindlichkeit und Anspruchsmentalität der Ausländer bedroht und in die Minderheitenposition versetzt fühlt! Wir fordern Respekt von unseren „Gästen“ vor der 1000jährigen deutschen Kultur, mehr Rücksichtnahme auf deutsche Befindlichkeiten und vor allem Dankbarkeit für die gastfreundliche Schutzgewährung.

Wir trauern um die Toten in Deutschlands Märchen- und Merkelwelt.

CDU: „Die Umvolkung hat längst begonnen – Handlungsbedarf besteht“

Das **Versagen des Rechtsstaates** kommentiert der Bundestagsabgeordnete *Jens Spahn* (CDU) in der *Bild* vom 12.10.16: „Mich beschäftigt, daß wir seit Jahren Recht teilweise nicht mehr durchsetzen. Wenn 550.000 Menschen, das ist die Größe der Stadt Essen, eigentlich ausreisepflichtig sind, aber trotzdem irgendwie hierbleiben und über Jahre Sozialleistungen erhalten, finanziert von den Steuerzahlern, dann stimmt etwas nicht. Das Thema muß Priorität haben, sonst fliegt es uns um die Ohren!“ - Tausende Pässe der Eindringlinge wurden bisher als gefälscht entlarvt. Doch von der Regierung werden keine(!) Strafanzeigen gestellt. Fälschen Sie mal Ihren Pass...

Das ist Strafvereitelung durch die Bundesregierung. Was nutzen überhaupt Gesetze, wenn sich die Regierung nach Belieben über die eigenen Gesetze hinwegsetzt. Dazu die Bundestagsabgeordnete *Bettina Kudla*: „Die Umvolkung hat längst begonnen – Handlungsbedarf besteht!“

Nein, die ist nicht von der NPD, sondern von der *CDU*! Warum allerdings nur die Etablierten die Wahrheit sagen dürfen, wenn sie es auch selten tun, das erstaunt uns schon. Und die Bürger fragen sich, warum sie über Jahre mit „NPD-Sprüchen“ abgespeist wurden, wie schon vor Jahren vom *Kanzler Helmut Kohl* (CDU): „Deutschland ist KEIN Einwanderungsland!“ und „Die Zahl der Ausländer muß halbiert werden“, oder vom *Kanzler Helmut Schmidt* (SPD): „Die Aufnahmefähigkeit ist erschöpft“. Wir Bürger wissen schon lange, daß Handlungsbedarf besteht, **nur handelt niemand!** Hätte die Regierung gehandelt, es hätte nie eine FBU, nie eine AFD gegeben, die nun zu Recht einfordern, was über Jahre versäumt wurde!!!

Ein Glück für die NPD, daß ihre Mitglieder mit Nazi-Sprüchen zurückhaltender sind, sonst würde das „Alle-Jahre-Wieder“-NPD-Verbotsverfahren sicher Flügel bekommen... Dabei hat nicht nur die NPD, auch das Bundesverfassungsgericht hat mit dem Teso-Urteil vom 21.10.1987 die Umvolkung des deutschen Volkes ausdrücklich verboten: „Der Senat hat aus dem Wiedervereinigungsgebot auch ein Währungsgebot abgeleitet... **Aus dem Währungsgebot folgt insbesondere die verfassungsrechtliche Pflicht, die Identität des deutschen Staatsvolkes zu erhalten.**“ - Das Wahlverhalten zu Erdowahns Ermächtigungsgesetz hat gezeigt, daß die Türken in Deutschland nicht integriert sind und ganz offen auf die Demokratie sch...! Werden die vier Millionen Türken und die zwei Millionen in Deutschland eingedrungene moslemischen „Flüchtlinge“ eines Tages rebellieren, dann sind unsere Sicherheitskräfte außerstande, das Volk zu schützen, wie schon der vergleichsweise harmlose Aufstand krimineller Ausländer am Kölner Hauptbahnhof bewiesen hat.

Wer aber Handlungsbedarf einfordert und sich rechtschaffen bemüht, gegen die vom Grundgesetz verbotene Umvolkung zur Wehr zu setzen, der wird wie in jeder zweitklassigen Diktatur auch hierzulande auf Staatskosten zusammengeschlagen. Die Thüringer Landesregierung mußte zugeben, daß sie die Neutralitätspflicht des Staates verletzt, indem sie Gegendemonstrationen bei Aufmärschen, die sie (wer eigentlich?) als „rechts“ ansieht (was ist rechts?), mit dem Geld der Bürger und Steuerzahler finanziell fördert. Das tat sie auch mit tausenden von Euros bei den gewalttätigen Gegendemonstrationen am 13.02.2012 und am 18.02.2012 in Dresden! Bei den schweren Ausschreitungen wurden sieben Beamte verletzt und zwölf Linksextremisten vorläufig festgenommen. 7.500 Beamte mußten eingesetzt werden. Kosten der Einsätze: Etwa 5 Millionen Euro.

Die Thüringer Regierung finanziert unter Verletzung der staatlichen Neutralitätspflicht ihr genehme Gegendemonstrationen „als Beitrag für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“. Wie lange werden die von den Steuergeldern bezahlten staatlichen Ordnungskräfte in diesem perversen Spiel noch ihre Märtyrer-Rolle spielen und sich im Namen von *Toleranz* und *Weltoffenheit* ganz „demokratisch“ unter Zuhilfenahme der eigenen Steuergelder von staatlich finanzierten Gegendemonstranten zusammenschlagen lassen?

Zwar habe ich keinen Fernseher und zahle auch keine Rundfunk-Zwangs-Abgabe an den Staatsfunk, aber ich bin oft bei einem Freund zu Gast, der sich im ZDF die vorabendlichen Krimis anschaut. Er hat mir erzählt, daß es auffällt, daß schon in fast jedem Stück Ausländer auftreten. Der Ausländer mag kein Alibi haben, falsche Aussagen machen, gar vorbestraft sein, manchmal war er sogar ein Mörder. Doch auf eines kann man sich bei diesen weltfremden Kriminalmärchen verlassen: Der Ausländer ist im Gegensatz zur Wirklichkeit NIE der Täter. Und auch nie der sexuell abartig veranlagte Mitbürger, der mittlerweile in keinem Krimi mehr fehlen darf. Der ganzen Welt wird ein Bild vermittelt, als ob Deutschland nur noch von Perversen, von Schlampen und geistig gestörten Verbrechern besiedelt ist. Und da wundert man sich über die massenhaften Vergewaltigungen von deutschen Frauen durch die Eindringlinge?

Es würde uns nicht wundern, wenn viele Polizisten so denken wie Michael Bouteiller, Ex-SPD-Bürgermeister von Lübeck: „Wenn der Staat sich entfernt von der Gesellschaft, ist es dieser Staat, den wir abschaffen müssen“. Es ist an der Zeit, daß wir uns unsere **Demokratie** zurückholen, daß wir sie analog der Schweiz verbessern, und daß wir sie **schützen, gegen die, die oben sitzen.**

Auf dem Narrenschiff wird es kalt! Und kalt wird es auch im Merkel-Märchen-Wald

Mit irrlichternden Augen und Schaum vor dem Mund, in der einen Hand die Moralkeule, in der anderen die Ausschwitzkeule, wollen uns die durchgeknallten, pardon, die durchgegrünten Zeit-„Genossen“ in die unbezahlbare und volksvernichtende Zwangssolidarität mit der ganzen Welt zwingen. Wer fürchtet sich noch vor der Nazi-Keule? Mittlerweile fürchten sich nicht nur in Köln mehr Menschen vor dem schwarzen Mann als vor dem braunen Nazi!

In wenigen Jahren wird der Begriff „Nazi“ nicht einmal mehr zum Kindererschrecken taugen. Durch massenhaften Gebrauch seitens Politik und Medien, durch ständige Drohungen der Gewerkschaften gegen „falsche“ Meinungen, durch ununterbrochenes mediales Klappern wurde der Begriff „Nazi“ so inflationiert, daß nun praktisch jeder Bürger ein Nazi ist. Wie heißt es so treffend: „Es klapperte die Klapperschlang, - und sie klapperte so lang, bis ihre Klapper schlapper klang...“

Ständig sind wir volksverhetzender Propaganda der Rotfaschisten ausgesetzt. Doch während sich die Linkspopulisten wie die Karnickel vermehren dürfen, wird zur Jagd auf sogenannte Rechtspopulisten geblasen. Dabei ist „Populist“ eine positive Wortschöpfung. Denn Populus heißt Volk! Wer das Wort Populismus verächtlich gebraucht, ist kein Demokrat, bestimmt doch Artikel 20 Abs. 2 GG: „Alle Macht geht vom Volke aus.“ Klar, daß das den Regierenden ein Dorn im Auge ist.

Nun sollen Populisten gar schon Nazis sein. Früher war ein Nazi so ein böser brauner Hitler-Anhänger und KZ-Wächter. Heute sind Nazis bereits Andersdenkende, deren geistige Vielfalt und Beweglichkeit die Asylpolitik, den Klima-Betrug oder den Euro infrage stellen. Und bald wird ein Nazi schon derjenige sein, der *Nutella* wegen der braunen Farbe lobt. So wird der Nationalsozialismus verharmlost. So verändern die einfältigen und doch so mediengewaltigen Schmalspur-Journalisten unter Mißbrauch ihrer *Wortgewalt* den Inhalt und die Bedeutungsschwere der Worthülsen. **Da bin ich doch lieber ein „vielfältiger Nazi“ als so ein politisch-korrekter „einfältiger Journalist“.** - Schon sind wir soweit wie in den von uns kritisierten Diktaturen:

Die Bürger lassen sich Sprachverbote auferlegen, sie sagen, was sie nicht denken und denken, was sie nicht sagen, um schließlich zu tun, was sie nicht wollen.

Und alles, um nicht aufzufallen... Denn jeder, der sich kritisch äußert, wird als Nazi abgestempelt. Seine Internet-Seite wird gesperrt, der Job wird ihm gekündigt, der Führerschein eingezogen. Und wenn er es gar wagt, eine eigene Meinung zu Konzentrationslagern zu haben, selbst wenn die polnische Regierung seine Meinung aufgrund von Forschungen bestätigt(!), dann landet er im Rahmen der einer Diktatur würdigen deutschen *Offenkundigkeitsgesetzgebung* im Knast und sogar nicht selten länger als ein Mörder!!! Paragraph 130 („Volksverhetzung“) dient im Rahmen der Maulkorbgesetzgebung der Einschränkung der Meinungsfreiheit.

Die verhängten Strafen bei Äußerung einer der Regierung in besonderer Schwere nicht genehmen Meinung (z. B. in Bezug auf Auschwitz) entsprechen denen für Mord!!!

Der *General Comment Nr. 34 vom Human Rights Committee der UNO* (11.-29. Juli 2011) bestimmt für die Unterzeichnerstaaten BRD, Frankreich, Schweiz und Österreich:

„Gesetze, welche den Ausdruck von MEINUNGEN zu historischen TATSACHEN unter Strafe stellen, sind UNVEREINBAR mit den Verpflichtungen, welche die Konvention den Unterzeichnerstaaten hinsichtlich der RESPEKTIERUNG der MEINUNGS- und MEINUNGSÄUßERUNGSFREIHEIT auferlegt. Die Konvention erlaubt KEIN allgemeines Verbot des Ausdrucks einer irrtümlichen Meinung oder einer unrichtigen Interpretation vergangener Geschehnisse.“

Artikel 19 Ziffer 8 der Konvention: „Die Vertragsstaaten haben zu gewährleisten, daß die im Artikel 19 enthaltenen Rechte in innerstaatliches Recht umgesetzt werden!“ Unter Bezugnahme auf den *General Comment Nr. 34 vom Human Rights Committee der UNO* (11.-29. Juli 2011) äußerte sich der amerikanische Völkerrechtler und Historiker *Prof. Dr. Alfred De Zayas*, Ex-Hochkommissar für Menschenrechte in Genf, an Deutschland gerichtet: „Es ist jetzt Sache der deutschen Gerichte, zu befinden, daß die bisherige Verwendung des Paragraphen 130 StGB eine klare Verletzung völkerrechtlicher Normen bedeutet, und daß alle Verurteilungen aufgehoben werden müssen.“

Obwohl das Völkerrecht über dem nationalen Recht steht, verweigert die deutsche Regierung, obwohl selbst Unterzeichner der Konvention, die verpflichtende Umsetzung in nationales Recht. **Ein Staat, der die Grundfreiheiten nur auf dem Papier stehen hat, der seine Bürger das Recht auf eine „falsche“ Meinung nicht leben läßt, das ist kein(!) demokratischer Rechtsstaat.**

Ein Beispiel: Kürzlich fotografierten sich zwei Touristen aus China gegenseitig vor dem Reichstag, - mit erhobenem rechtem Arm! Die Polizei war diesmal sofort zur Stelle, um diese Schwerstverbrecher zu verhaften. Das Verwenden verfassungsfeindlicher Symbole kann mit einer Gefängnisstrafe von bis zu drei Jahren geahndet werden. Natürlich nur das Heben des rechten Armes. Das Heben des linken Armes und das Ballen zur Faust ist straffrei, obwohl der Kommunismus viel mehr Tote zu verantworten hat als der National-Sozialismus. Die Chinesen, 36 und 49 Jahre alt,

kamen gegen die Entrichtung einer Kaution von je 500 Euro frei und verließen Deutschland, ohne auf das Strafverfahren zu warten. Nun verweigert China die Auslieferung. Kein Wunder, schließlich nennt sich China „demokratische Volksrepublik“. Im Gegensatz zu Deutschland ist diese Republik stark genug, auch vom Mainstream abweichende Gesten auszuhalten, ohne in einem braunen Sumpf zu versinken. Oder habe ich da etwas falsch verstanden?

Ungerecht ist aber hierzulande die Ungleichbehandlung. Während in China Inländer und Ausländer gleichermaßen für ein Vergehen bestraft werden, hat ein Deutscher in Deutschland keine Chance, mit so einer milden „Strafe“, hier 500 Euro Kaution, wegzukommen wie die beiden Chinesen. Wie so oft wurden Ausländer einmal mehr von der deutschen Justiz begünstigt.

Der Dichter unserer National-Hymne, *August Heinrich Hoffmann von Fallersleben*, sah wohl in die heutige Zeit, als er schrieb: „An meine Heimat dacht ich eben. Da schrieb ich mich von Fallersleben. **Ich schrieb's und dachte nie dabei an Staatszensur und Polizei!**“

Warum duldet das Bundesverfassungsgericht die Maulkorbgesetzgebung? Weil die aus der Politik kommenden Verfassungsrichter in ihren roten Gewändern Nikoläusen gleichen? Maulkorb statt Rute? - Nicht ohne Grund verfügte König Friedrich Wilhelm der I. mit Kabinettsorder vom 15.12.1726, um der Selbstherrlichkeit „Recht“ sprechender Richter zu beugen:

„Wir ordnen und befehlen hiermit allen Ernstes, daß die Advocati wollene schwarze Mäntel, welche bis unter das Knie gehen, unserer Verordnung gemäß zu tragen haben, damit man diese Spitzbuben schon von weitem erkennen und sich vor ihnen hüten kann.“

Doch seitdem diese Spitzbuben mit ihren schwarzen dem Gefieder einiger Geierarten gleichenden Mänteln in vorausseilendem Gehorsam sich nicht mehr ihrem Gewissen, sondern den Vorgaben der Regierung verpflichtet fühlen, kann sich kein der Freiheit verpflichteter Bürger mehr vor ihnen hüten. So wird das Netz der Maulkorbgesetzgebung immer enger gezogen. Wer feige die Augen verschließt und äußert: „Ich habe ja nichts zu verbergen!“, der wird sich einst wundern, wenn er nicht einmal mehr sein Privatleben vor dem Staat verbergen kann, - sein Privatleben, das den Staat rein gar nichts angeht. Und wer jetzt nicht für die Freiheit aufsteht, wer jetzt nicht seinen Mund aufmacht, dem wird eines Tages im KZ oder Besserungslager nicht mehr zu helfen sein, denn dann wird es keinen mehr geben, der für *ihn* den Mund aufmacht...

Noch sitzt ihr da oben, ihr feigen Gestalten, vom Volke bezahlt und dem Volke zum Spott. Doch einst wird wieder Gerechtigkeit walten, dann richtet das Volk, dann gnade euch Gott.

Dann wird der Märchenpresse kalt in ihrem Lügenwald.

Zur Klarstellung: **Nicht wir spalten die Gesellschaft**, indem wir die Mißstände benennen, sondern diejenigen, die diese Mißstände zu verantworten haben! Über 70 Jahre nach Kriegsende ist es mehr als an der Zeit: **Ist die Hitlerei erst vorbei, dann sind wir alle endlich frei.**

Wer A sagt, muß nicht B sagen, er kann auch erkennen, daß A falsch war (Berthold Brecht).

Die Briten haben sich abgewandt von der Zentralisierungssucht des EU-Politbüros. *Die Welt* schrieb am 05.07.2016: „Man reibt sich verduzt die Augen, wenn Eurokraten wie *Jean-Claude Juncker* oder *Martin Schulz* den Schuß offenbar nicht gehört haben...“

Wir berichteten bereits darüber, daß nicht das zahnlose EU-Parlament, **sondern nicht gewählte Kommissare die EU „regieren“**. In ihrem „Reflexionspapier über die Zukunft der EU-Finzen“ kündigen die EU-Kommissare an, daß sie künftig nicht mehr veröffentlichen wollen, welche Staaten der EU in welchem Umfang Netto-Zahler und Netto-Empfänger sind. Wie in einer Diktatur wird eine dicke Decke der Uninformiertheit über die Bürger gelegt. Wir sollen nicht erfahren, in welchem Umfang wir die ansonsten lebensunfähigen Süd-Staaten mit unserer Arbeits- und Steuerkraft subventionieren und durchfüttern. Ein Staat, der sich wie Deutschland als Demokratie versteht, verliert diesen Anspruch, wenn er sich selbstherrlichen Kommissaren unterordnet.

Wir haben „die Schnauze voll“ von einem EU-Politbüro, das niemandem Rechenschaft ablegt, das niemandem verantwortlich ist, dessen regierende Kommissare nie gewählt wurden und überheblich wie Diktatoren über die Parlamente der Mitgliedsstaaten hinwegregieren. Auch die Ösis, durch deren Land sich die Eindringlinge wälzen, haben jetzt genug. Kommt bald der Öxit?

Wozu brauchen wir angesichts der EU-Fremd-Herrschaft noch 709 Bundestagsabgeordnete? Vor dem Hintergrund, daß nahezu 90(!) Prozent aller Gesetze und Verordnungen aus Brüssel kommen, fragte sich schon **Ex-Bundespräsident Prof. Dr. Roman Herzog**: „**Es stellt sich daher die Frage, ob man die Bundesrepublik Deutschland überhaupt noch uneingeschränkt als eine parlamentarische Demokratie bezeichnen kann.**“ Einfach weiter Kopf in den Sand?

Wie in Bezug auf das Ganzkörperkondom der Islamis gilt auch für den Fortbestand unserer Demokratie folgendes Gandhi-Zitat: „**Erst ignorierst du den Mist, dann belächelst du ihn, aber wenn du ihn dann nicht bekämpfst, wird er dir schon bald den Alltag versauen!**“

Vom Rechts- zum Linksstaat

Hamburg, G20, Krawalle, noch im Gedächtnis? Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz brillierte im Vorfeld des G20-Gipfels mit märchenhafter Realitätsverweigerung. Er meinte, der Gipfel werde so aufregend wie ein Hafengeburtstag. Warum sagte er nicht gleich Kindergeburtstag? Da geht es manchmal auch ganz schön lebendig zu. Sollten sie dabei gar Papis Auto abfackeln, würde ihnen wohl trotz aller „Gewaltfreiheit“ der Arsch versohlt werden. Das hätte den marodierenden Rotfaschisten auch gut getan. In deren Kinderstube hat Papi offenbar was vergessen.

Schon Kindern wird beigebracht, daß man seine Mitmenschen nicht schlagen darf, daß man Konflikte gewaltfrei lösen kann. Doch diese halbstarken Erwachsenen(?) leben das Gegenteil vor. Diese selbsternannten Nazi-Schlächter sind über sich selbst hinausgewachsen und haben sich mit ihren ausgelebten Gewaltphantasien einmal mehr als Feinde des Menschengeschlechts gezeigt. Da haben ihre Kindergärtner und die sogenannten Deeskalationsbeamten wohl irgendwie versagt. Es sind jedenfalls keine Nazis, die überall in der Republik, wenn auch vorzugsweise in Berlin, die Autos ihrer Mitbürger niederbrennen. Es sind auch keine Nazis, die an U-Bahnen zündeln, die Geschäfte plündern oder von Hausdächern mit Stahlkugeln auf Polizisten schießen. Nein, es ist die Gewalt der roten Faschisten, die sich geschwürartig ausbreitet.

Wo sind sie, die, die sich sonst immer und überall auf den Straßen als „wehrhafte Demokraten“ bezeichnen? In welchen Löchern haben sich diese Feiglinge aus Kirchen und Gewerkschaften verkrochen? Wo bleibt ihr immer so lautstark vorgetragener Protest? Bisher kennen wir Gewalt hauptsächlich aus den Reihen der Rotfaschisten. Trotzdem werden in 2017 im Kampf gegen Rechte 104 Millionen Euro verausgabt, aber nur 5,3 Millionen Euro wurden *in vier Jahren* in Programmen gegen linke Gewalt eingesetzt. Wir fordern eine Extremismusklausel zur Überprüfung und Streichung von staatlichen Geldern, die im „Krampf gegen rechts“ an Linksextremisten verausgabt und anschließend für gewalttätige Demonstrationen und Straftaten verwendet werden.

Wenn ein autonomer Rotfaschist in Hamburg eine Schaufensterscheibe einschlägt, ein Auto abfackelt und einen Polizisten verletzt, dann werden diese drei Straftaten als EIN Landfriedensbruch gezählt. Wenn aber ein Rechtsextremist 100 Flugblätter verteilt, in denen der Holocaust gelehrt wird, dann sind das 100 einzelne Propagandadelikte, sprich 100 (!) Straftaten. So einfach ist es, uns vorzugaukeln, wie gefährlich die Rechten und wie harmlos angeblich die Linken sind.

Nicht nur, daß Deutschland immer mehr Gewalttaten von links zu verzeichnen hat, auch die menschenverachtende Ideologie der Rotfaschisten verzeichnet erschreckenden Zulauf. In 2015 zählte der Verfassungsschutz 7.700 gewaltbereite Linksextremisten, 2016 waren es schon 8.500! Und diese werden noch mit Steuergeldern hochgepäppelt. Was wir sonst nur aus unfreien Gesellschaften kennen, wird auch in Deutschland praktiziert: Im Berliner Abgeordnetenhaus haben sich SPD, CDU, die Piraten, die Linken und die Grünen zusammengeschlossen im Kampf gegen die AFD. Das gemeinsame Papier trägt den Namen „Berliner Konsens gegen rechts.“ Lediglich ein seltsames Verständnis von Demokratie? Da steckt mehr dahinter, denn erarbeitet wurde das Papier in einem Projekt des „Vereins für Demokratische Kultur“, der aus *Steuergeldern* finanziert wird! Wie in einer Diktatur muß der Bürger die gegen ihn gerichtete Propaganda dieser undemokratischen Einheitsfront auch noch selbst bezahlen!

Vom Staat, also dem Steuerzahler, wird ein Gebäude gesponsert, von dem aus die Nazis ihre bundesweiten Gewaltaktionen planen, kriminelle Gesinnungsgenossen vor der Polizei verstecken, Haßparolen an die Hauswände sprühen und fremdenfeindliche Transparente aufhängen. Und die Spenden an diese Feinde des Volkes sind auch noch steuerlich absetzbar! **Sind Sie schockiert?** Sollten Sie auch sein! Es handelt sich aber nicht um braune Nazis, sondern um rote Nazis, nämlich der „Roten Flora“ in Hamburg. Für Gewalt gibt es keine Entschuldigung, denn es sind Menschen wie Sie, die jeden Tag zum Opfer werden können. Statt diese rote Nazi-Brut in der „Roten Flora“ endlich auszuheben, werden die Gewalttaten der roten Faschisten steuerlich gefördert und vom Hamburger Senat geduldet. Seit Jahren werden unzählige linke Gruppen, Vereine und Organisationen aus unseren Steuermitteln in ihrem „Krampf gegen Rechts“ alimentiert und finanziert. Das Ergebnis ist nicht weniger Rechts, sondern weniger Demokratie, sind mehr Krawalle, Barrikaden, abgefackelte Autos, verletzte Polizisten. Es muß Schluß sein mit der Gewalt!

Lieber *Sigmar Gabriel*, nicht wir Bürger sind das Pack, sondern Ihre Helfershelfer aus den Reihen der Rotfaschisten. Trocknet das Pack finanziell aus, entzieht ihnen das Geld für ihre Politik des Hasses. Wenn diese linken Genossen arbeiten müßten, um zu essen, wenn sie einer richtigen Arbeit, einer bezahlten Beschäftigung nachgehen müßten, dann hätten sie keine Zeit mehr für ihren Klassenk(r)ampf auf Kosten des Bürgers und Steuerzahlers.

Einheitsfront hatten wir schon mal: Am 14. Juli 1945 schlossen sich die Linke (damals KPD), SPD, CDU und FDP (damals LDPD) zur *Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien* zu-

sammen, später *Demokratischer Block* bzw. SED, später PDS und heute *Die Linke*. Die Folgen dieser „Einheitsfront“ kennen wir: Über Jahrzehnte versank eine Gesellschaft in einem Polizei- und Spitzelstaat hinter einer tausend Kilometer langen Gefängnismauer. Doch wie schon damals, so haben diese Typen auch heute nichts aus der Geschichte gelernt. Wieder sollen Bürger, noch dazu mit Steuermitteln, von der politischen Mitwirkung ausgeschlossen werden und auch wie damals von einem selbst ernannten *Demokratischen Block*, dem „Berliner Konsens gegen Rechts.“

Seit die selbsternannten Gutmenschen aus der Asylindustrie die Anhebung der Leistungen für Asylanten auf das Hartz-IV-Niveau unüberhörbar bejubeln, machen sich hunderttausende auf den Weg ins „gelobte Deutschland“. Unter dem gewaltigen Ansturm der Sozialtouristen wankt das Sozialsystem. Liebe Freunde, **auch Nächstenliebe hat eine Obergrenze**. Denn auf der Strecke bleiben die sozial Benachteiligten, die deutschen Schutzbedürftigen und Rentner!

Auch der Mittelstand stöhnt unter der Abgabenlast für die ins Land drängenden Gäste. - Falls Sie ein aufgeschlossener Zeit-„Genosse“ sind, dann wissen Sie sicher, welche „Unwörter“ wir in den letzten Zeilen verwendet haben. Unter den richtigen Einsendern (Redakteure ausgeschlossen) verlosen wir am 1. April ein kleines Präsent. - Die Deutschen führt kein „Berliner Konsens gegen Rechts“, kein Trump und kein Moses in ihr gelobtes Wirtschaftswunderland zurück. Das müssen sich die Deutschen schon selbst zurückholen! Den Anfang machen die sogenannten „Unwörter“. Sie wurden keineswegs von kleinen, bösen „Hakenkreuzlern“ in die Welt gesetzt, wie ihnen die Wirklichkeitsverweigerer glauben machen wollen. „Unwörter“ sind die klare Sprache des Volkes, unmißverständlich! Sie reißen den Mächtigen die Maske vom Gesicht. Deshalb soll jeder, der sich dieser klaren Sprache bedient, als „Rassist“ verbal gekeult werden. Die FBU beugt sich nicht der Verunglimpfung von Wahrheiten als „Unwörter“. Die Unterdrückung von Wahrheiten bringt die einstige freiheitliche Bundesrepublik Deutschland in die Nähe einer *Bananenrepublik Deutschland (BRD)*. Die Unterdrückung von Wahrheiten durch die öffentlich-rechtliche Propagandaeinfalt macht aus unserem freiheitlichen Rechts-Staat einen undemokratischen Links-Staat.

Wir verweigern uns der Pinoccio-Presse und ihrem aufdringlichen Ratschlag, daß der richtige Weg, nie auf die Schnauze zu fallen, der ist, ständig auf dem Bauch zu kriechen!

Es ist die Lüge und nur sie, die die Stütze der Staatsgewalt braucht. Denn die Wahrheit steht von alleine aufrecht! Daher das **Motto der FBU**:

„Wir stehen nicht links, wir stehen nicht rechts, wir stehen aufrecht!“

Einst sagte *Martin Luther*: „Stoßen können sie, fällen können sie nicht. Schlagen können sie, zwingen können sie nicht. Martern können sie, ausrotten können sie nicht. Verbrennen, ertränken und aufhängen können sie, **zum Schweigen bringen, das können sie nicht!**“

Deshalb, schweigen Sie nicht länger! Helfen sie mit, damit Deutschland wieder ein liebens- und lebenswertes Land wird. Und damit auch Ihre Kinder noch eine Heimat haben...

Deniz-Yücel ist KEIN Märtyrer-Journalist!

Deniz-Yücel wird wohl viele Jahre seines Lebens in einem türkischen Gefängnis verbringen. Er ist seinem Landsmann Erdowahn einmal zuviel auf den Schlipps getreten. Er ist aber mitnichten zu bedauern. Er gehört nicht nur zur Zunft der Journalisten, sondern auch zur Zunft der heimlichen Brandstifter. Er mißbrauchte die Kraft des Wortes, um aus den hinteren Reihen gezielt Brandsätze gegen die deutsche Demokratie zu schleudern.

Er wünschte politisch Andersdenkenden tödliche Schlaganfälle wie z. B. dem behinderten SPD-Politiker *Sarrazin*. Seine Wortwahl war häufig abfällig und emotional, nicht selten von Haß geprägt. In der *Taz* ließ er dem Rassenhaß freie Bahn und hetzte zum Thema Geburtenrückgang in Deutschland: „**Der baldige Abgang der Deutschen aber ist Völkersterben von seiner schönsten Sorte**. Eine Nation, deren größter Beitrag zur Zivilisationsgeschichte der Menschheit darin besteht, dem absolut Bösen Namen und Gesicht verliehen zu haben (das geschah, weil damals ein bayerischer SPD-Minister trotz amtlichen Widerspruchs einem österreichischen Flüchtling namens Adolf Hitler ein Bleiberecht einräumte, die Red.); eine Nation, die seit jeher mit grenzenlosem Selbstmitleid, penetranter Besserwisseri und ewiger schlechter Laune auffällt, **diese freudlose Nation also kann gerne dahinscheiden.**“

Das ist „Hate-Speech“, sprich Rassenhaß in Reinkultur. Jeder Islamist wird diese Aufforderung richtig verstehen. Und einige folgen bereits der Aufforderung von *Deniz-Yücel*: Sie üben sich darin, die deutsche Nation dahinscheiden zu lassen, indem sie versuchen, Deutsche abzustechen!

Lieber *Erdowahn*: Wir sind froh für unsere Demokratie um jeden, der unsere Medien nicht mehr für seinen Rassenwahn und für volksverhetzendes Gedankengut mißbrauchen kann.

Doch leider ist die Hoffnung nur allzu oft ein Seil, auf dem viele Narren tanzen (russ. Sprichwort).

Vom Recht, nicht nur links, sondern auch rechts zu sein...

Die Parteien der selbsternannten Mitte haben versagt. Doch diese Mitte hält nicht mehr. Sie fällt auseinander. Und obwohl wir schon bis zum Nacken im Schlamm stecken, heißt es angesichts der ins Land strömenden Horden, genauso überheblich die Lage verkennend wie seinerzeit im Vietnam-Krieg: „Los, *weiter so*, **wir schaffen das!**“ Und wer dem widerspricht, der ist ein Nazi.

Haben Sie Angst vor dem bösen Nazi? Da haben die Deutschen wohl einen an der Waffel, schien sich eine Israelin in Tel Aviv zu denken, als sie von der *Cicero*-Reporterin *Sarah Stricker* gefragt wurde, ob sie der Aufstieg der rechten AFD beunruhige: „Ach Kindchen, wir reden hier von einer Partei, deren Spitzenkandidatin lesbisch ist und mit einer Frau aus Sri Lanka zusammenlebt. Wenn das das Rechtste ist, was ihr zu bieten habt, bringt mich das erstmal nicht um den Schlaf.“

Der Erfolg der Schweigespirale in den Medien ist geradezu phänomenal. Da haben die Menschen mehr Angst vor dem bösen Nazi, dem bösen Diesel und belasteten Eiern, als davor, Terroropfer und Heimatvertriebene im eigenen Land zu werden. Sie haben im Kreisel das Navi verloren und lassen sich vormachen, dem Kreisel dadurch zu entkommen, daß sie immer wieder dieselbe Runde drehen, also dieselben Parteien wählen. - Unsere Nachbarn sind da schon weiter...

Da wählten viele einen Kanzlerkandidaten *Schulz*, dem in Wirklichkeit das Wohlergehen Deutschlands und der Deutschen *wurscht* ist. Am 14.02.14 stand in der israelischen Tageszeitung *Haaretz* folgendes Zitat von ihm: „Für mich existiert das neue Deutschland nur, um die Existenz des Staates Israel und des jüdischen Volkes sicherzustellen.“

Als *deutscher* Kanzlerkandidat hätte ich von ihm erwartet, daß er die Existenz Deutschlands und des deutschen Volkes sicherstellen möchte. Um seine Einstellung zu seinen Landsleuten klar herauszustellen, sollten Sie mal darüber nachdenken, ob ein israelischer Kanzlerkandidat Kandidat geblieben wäre, wenn er getönt hätte: „**Für mich existiert das neue Israel nur, um die Existenz des Staates Deutschland und des deutschen Volkes sicherzustellen.**“ Und, haben Sie jetzt auch ein Geschmäcke auf der Zunge? Womöglich nach schlechter *Wurscht*?

Wie die tägliche Propaganda mit dem Hakenkreuz den Menschen beeinflusst, zeigt folgender Vergleich: Früher hieß es einmal, ein Deutscher ist hart wie Krupp-Stahl, zäh wie Leder und schnell wie ein Windhund. Würde man *Martin Schulz* bitten, sich als einen Jagdhund zu beschreiben, dann würde er wie viele seiner am Geiste kranken Mit-Politiker daherschwafeln, daß er unter einem deutschen Jagdhund einen Hund verstehe, den, wie schon der Name sagt, jeder jagen darf...

Wie demokratiefeindlich und vor allem krank im Geiste unsere Politiker sind, zeigt die Aufforderung von Kanzleramtsminister *Peter Altmaier* NICHT zur Wahl zu gehen, wenn man mit Merkels Politik nicht einverstanden sei. Das wäre besser, als die AFD zu wählen! Er ist halt ein echter Besserdemokrat. Sein Credo lautet offenbar: „Demokratie ist, wenn wir die Macht behalten“. Da fragt man sich schon, wann die Wahlteilnahme für Andersdenkende verboten wird... Dann gibt es zwar keine Wahl mehr, ... aber auch kein Abwählen... Wer nun, statt zu wählen, pardon, statt auf Toilette zu gehen, sich in sein eigenes Bett erleichtert hat, der darf sich hinterher dann auch nicht darüber beschweren, daß er in der Sch... liegt.

„Was für ein Glück für die Regierenden, daß die Menschen nicht denken“ (Adolf Hitler).

Nun, diese Menschen haben die CDU wiedergewählt und das „Weiter so“ der Überflutung Deutschlands durch kulturfremde Eindringlinge befürwortet. Sie haben sich für Deutschlands Niedergang entschieden. Wie krank die Deutschen sind, zeigt auch ein Leserbrief, in dem wir kritisiert wurden, in der letzten *Stimme der Freiheit* in Bezug auf *Claudia Roth* die Fäkalsprache verwandt zu haben. Nun, wenn deutsche Politiker sich dieser Sprache in Bezug auf ihr eigenes Volk bedienen, dann werden wir ihnen den Spiegel vorhalten. Wie dem SPD-Abgeordneten *Johannes Kahrs*. In der vielen „Demokraten“ eigenen Primitivität wütete er in bester Fäkalsprache gegen die von seinen Landsleuten frisch gewählten Abgeordneten der AFD:

Jetzt habe man „**die rechtsradikalen Arschlöcher im Bundestag**“.

Dabei gibt es A... im Bundestag schon lange, und solche der linken Art tummeln sich dort gar schon seit der Wiedervereinigung. Und alle diese A... haben uns den 3. Oktober als den Tag der deutschen Einheit verordnet, obwohl wir, das Volk, die östliche Diktatur am 9. *November 1989* zu Fall brachten. Aber der 9. November durfte kein Feiertag werden, weil an diesem Tage in 1938 die sogenannte „Reichskristallnacht“ gegen die Juden stattfand. Doch erst am 3. Oktober 1992 merkte man, wie bescheuert auch dieses Datum war. Auch der 3. Oktober war „verbrannt“, weil sich der erfolgreiche Start einer V2-Rakete („V“ für Vergeltung für den von den Briten gegen die deutsche Zivilbevölkerung begonnenen Bombenterror) am 3. Oktober 1992 zum fünfzigsten Mal jährte.

Und obwohl die V2 GEGEN *Wernher von Brauns* Wunsch für Kriegszwecke gegen London eingesetzt wurde, verblasst ihr Einsatz vor dem Abwurf zweier amerikanischer Atombomben auf Japan. Wir hätten den 3. Oktober 2017 auch feiern müssen unter dem Motto: „75 Jahre Raum-

fahrt“, denn vor 75 Jahren, am 3. Oktober 1942, drang eine Rakete erstmals in den Weltraum vor! Diese deutsche Raketentechnologie und 492 deutsche Wissenschaftler bildeten nach dem Krieg die Grundlage der bis heute andauernden Eroberung des Weltraums durch die Amerikaner. Ein *deutscher* Meilenstein in der Weltgeschichte, den die Erdbevölkerung nie vergessen wird. Im Gegensatz zu den Deutschen selbst. Diese werden wohl an jedem der 365 Tage eines Jahres ein deutsches Verbrechen finden, um jegliche - auch friedliche - Vorbildleistung in den Orkus zu treten. Gibt es in Deutschland eigentlich noch populistische, also völkische, sprich volksfreundliche Politiker, die die eigenen Interessen so vertreten wie die Staatslenker in den anderen Staaten oder sie gar noch vorleben? Ja! Sie sind aber so selten, daß wir einen von ihnen vorstellen müssen. Wir bedauern sehr, daß er nicht Mitglied in der *Freien Bürger Union* ist. Es ist der Altbundespräsident *Horst Köhler*. Er setzt sich lobenswerterweise sehr für Afrika ein, aber er vergißt darüber nicht sein eigenes Volk! Er ist der einzige der Bundespräsidenten, der auf seinen Ehrensold von aktuell 250.000 Euro jährlich *verzichtet!* (UN 2017/5 Seite 11).

Im Gegensatz zu seinen Artgenossen aus der Politik fragt er nicht, was sein Land für ihn tun kann, sondern, was er für sein Land tun kann!

Termine, hier unsere Bürger-Treffen (für Mitglieder, Freunde und Gäste)

- Neujahrsempfang für alle Mitglieder und Freunde der FBU, - mit kleinem Programm: Ehrung durch den *Rat der Nationalen Leistungsträger*, Unterhaltung, kleiner Verzehrutschein, familiäres Beisammensein. Im *Asia Bistro Entenhaus*, Lindenstr. 26, 66787 Wadgassen, am 18.01.2018 um 18.30 Uhr. Telefon Entenhaus(en): 06834-9069886.

Anmeldung bis zum 15.01.2018 telefonisch bei Herrn Rupp, Tel. 06831-3554.

Der politische Witz

Wenn der Diesel in den Innenstädten verboten wird, müssen die Waren durch Kamele transportiert werden. Jetzt weiß ich auch, warum Frau Merkel schon eine Million Kameltreiber ins Land geholt hat. Sehr schlau! - Apropos Merkel, fragt der Lehrer die Schüler: „Wer kann mir den Begriff *Meinungsaustausch* erklären?“ Meldet sich Harry, einer der wenigen Deutschen in der Klasse: „*Meinungsaustausch* ist, wenn der Präsident Trump mit seiner Meinung nach Deutschland fliegt und mit der Meinung von Kanzlerin Merkel zurückfliegt“.

Liebes Christkind

Liebes Christkind, sei so lieb, bring uns nicht die Gaben,
die es auch im Kaufhaus gibt, weil wir die schon haben.
Schenk uns mehr Gelassenheit, bring uns Ruhe, Einkehr, Rast
und ein kleines bisschen Zeit, statt der Eile und der Hast.
Bring uns keine Pfefferkuchen, die bei uns verderben,
während andre Nahrung suchen, hungern und auch sterben.
Bring uns Mut und Tapferkeit, Wahres laut zu sagen:
Und des andern Not und Leid wie unser Eigen mitzutragen.
(Von unbekannt, eingesandt von einem Leser, die Red.)

Impressum, Herausgeber: Freie Bürger Union (FBU), Landesverband Saar.

Heimseite, www.saar-fbu.de, Mailkasten: kontakt@saar-fbu.de

V.i.S.d.P.: Reinhold Rupp, Chefredakteur, FBU LV Saar, Postfach 1499, PLZ 66714 Saarlouis.

Erscheinungsweise: (Mindestens) 4 Ausgaben im Jahr, quartalsmäßig.

Bezugspreis: Im Mitgliedsbeitrag enthalten, sonst freiwillige Spenden.

Bankverb.: Sparkasse Saarbrücken, **IBAN:** DE36 5905 0101 0029 0126 55, **BIC:** SAKSDE55

*Die nächstseitige Geschichte fanden wir in der UN 2/2017 und haben sie etwas umgeschrieben. Nun handelt es sich um ein politisches Märchen, das leider nah an der Wahrheit angesiedelt ist. So und ähnlich kann es jedem deutschen Bürger - nicht nur in Ensdorf - ergehen. Auch wenn dies hier nur eine Glosse ist, so liegen ihr wahre Begebenheiten zugrunde. Näheres über die mafiösen politischen Machenschaften, wie wir sie in Ensdorf erfahren mußten und müssen, können Sie gerne in älteren Ausgaben der *Stimme der Freiheit* nachlesen. Auch wenn Sie nicht farbig sein sollten, bekennen Sie Farbe, treten Sie der FBU bei und kämpfen Sie mit uns für die Freiheit.*

Wenn einer einen Schneemann baut...

Jeder Saarländer kennt das angeblich nazifreie Ensdorf auf der rechten Seite der Saar. Hier werden Lokalverbote für die bürgernahe politische Konkurrenz, ja selbst für die *Freien Bürger*, groß und Bürgerrechte klein geschrieben. Aus Protest nehme ich mir vor, vor dem Rathaus einen Schneemann zu bauen, dem ich die Gesichtszüge des Bürgermeisters (CDU) verpassen will.

8 Uhr morgens: Schnee zusammengerollt, Schneemann vor dem Rathaus im Aufbau.

8.20 Uhr: Die zuständige Frauenbeauftragte erscheint und beschwert sich, weil der Schneemann offensichtlich keine Schneefrau ist.

8.40 Uhr: Kleine Schneefrau gebacken und dazu gestellt.

8.50 Uhr: Der Vorsitzende der Ensdorfer Schwulen beschimpft mich, weil es auch zwei Schneemänner geben sollte.

9 Uhr: Während ich noch überlege, mit welchen äußerlichen Attributen ich die Schneefrau auch gleichzeitig als Schneemann erscheinen lassen kann, erscheint die Gleichstellungsbeauftragte aus dem Ensdorfer Rathaus. Sie beklagt, daß meine Schneefiguren nicht gendergerecht seien.

9.20 Uhr: Gerade verpasse ich meinen Schneefiguren einen Bart und Brüste, da stürmt eine muslimische Mit-Angestellte aus dem Gebäude und verlangt ein Kopftuch für die weibliche Schneefigur, was ich energisch zurückweise.

9.40 Uhr: Die Gleichstellungsbeauftragte der Gemeinde fordert eine 3. Schneefigur mit Kopftuch.

9.45 Uhr: Während ich nun schweren Herzens einer Schneefigur meinen Schal als Kopftuch umlege, erscheint der Sicherheitsbeauftragte der Kommunalverwaltung und moniert, daß man sich an der spitzen Mohrrübe verletzen könnte. Demonstrativ hole ich mein Kondom für seltene Gelegenheiten aus der Tasche und ziehe es über die Rübe, innerlich bedauernd, daß ich für die Kopftuchfigur kein Ganzkörperkondom mit Seeschlitzen habe.

10 Uhr: Als Christ auf Ausgleich zum Kopftuch bedacht, lege ich dem weiblichen Schneemann mein kleines silbernes Christus-Kreuz an.

10.20: Ein Islamdemokrat (CDU) erscheint und verlangt, ich solle wie in den saarländischen Gerichtssälen auch, gefälligst das Kreuz wieder abnehmen. So langsam werde ich etwas intolerant und erwidere, daß noch niemand von einem Christuskreuz im Gerichtssaal erschlagen worden sei, aber so etwas durchaus noch geschehen könne.

10.30 Uhr: In die Diskussion plätzen durchgegrünte Mitglieder des Ensdorfer Stadtrates, die mich als Rassist beschimpfen, weil alle Schneefiguren weiß sind.

10.40 Uhr: Während ich noch überlege, wie ich die Schneefiguren „farbig“ machen soll, erscheinen die Jusos und die Ensdorfer Falken auf der Bildfläche und brüllen „Nazis raus“, vom Fenster aus mit Applaus angefeuert von demokratiefernen Ratsmitgliedern. - Ob ich jetzt wohl sagen sollte, daß in mir jüdisches Blut fließt? Besser nicht, das alles hier erinnert zu sehr an die Nazi-Zeit, als es in Ensdorf schon einmal hieß: „Juden raus“.

10.45 Uhr: Wortgefechte und kleine Tumulte zwischen Passanten und Chaoten. Erste Steinigungsszenen gegen meine Freunde aus Schnee durch gewalttätige Linksextremisten.

11 Uhr: Die vom Bürgermeister alarmierte Polizei trifft ein und fragt mich, ob ich für den Menschenauflauf eine Versammlungs- oder Demonstrationserlaubnis habe. Außerdem könnten die Rüben als Stichwaffen, die Besenstiele als Schlagwaffen und die Kohlen als Wurfgeschosse benutzt werden. Zudem widerspräche das Kopftuch dem Vermummungsverbot!

11.20 Uhr: Der IS bekennt sich zu den Schneefiguren. Wahrscheinlich war der Anrufer einer von der Ensdorfer Antifa, die Bürgern mit Zivilcourage immer wieder einen reinwürgen wollen.

11.35 Uhr: Übertragungswagen blockieren die Hauptstraße. Reporter versuchen, durch das Getümmel zu mir zu gelangen.

11.37 Uhr: Eine Hundertschaft der Polizei rückt an. Der Platz wird gewaltsam von den Feinden der Kunst, der Freiheit und der Demokratie geräumt. Mein Handy wird beschlagnahmt.

11.40 Uhr: Die Feuerwehr rückt an und „löscht“ meine Schneefiguren aus.

12.10 Uhr: Die Feuerwehr rückt ab. Der Staatsschutz rückt an.

12.15. Uhr: Ich werde verhaftet wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit. Außerdem wird mir vorgeworfen, daß ich „durch die Art der Anordnung“ der schwarzen Kohlen in meinen weißen Schneefiguren Sympathien für den IS bekundet hätte. Es bestünde der Verdacht auf Mitgliedschaft in einer *terroristischen Vereinigung*, womit sie offenbar nicht meinen Job beim Finanzamt meinen.

12.20 Uhr: Ich bin mit verbundenen Augen unterwegs zum Generalbundesanwalt.

16.30 Uhr: Der Generalbundesanwalt wird eingeflogen. Er landet auf dem saarländischen Großflughafen Saarbrücken-*Ensheim* (nicht zu verwechseln mit *Ensdorf* auf der rechten Seite der Saar).

17.40 Uhr: Ich werde vom Staatsschutz nach möglichen Schneemann-Mitbauern befragt.

20 Uhr: Die USA beantragen meine Auslieferung... *Liebe Leser: Viele Grüße aus Guantanamo!*